



Hier könnten Privatunternehmen künftig mitverdienen: Verkehr auf der A2 Foto: Julian Stratenschulte/dpa

DGB warnt vor privaten Straßen

FINANZEN Gewerkschaft drängt auf Änderungen im Gesetzentwurf für die Infrastruktur-Gesellschaft. Sonst drohten teure ÖPP-Projekte und ein Verlust politischer Kontrolle

VON MALTE KREUTZFELDT

BERLIN taz | Im Streit um die künftige Zuständigkeit für die deutschen Autobahnen erhöht der Deutsche Gewerkschaftsbund den Druck auf die Politik. In einem Beschluss vom Dienstag fordert der DGB-Vorstand ausdrücklich, im laufenden Gesetzgebungsverfahren jede Form der Privatisierung auszuschließen. Unter www.dgb.de/unser-autobahn kann die Forderung unterstützt werden.

Die geplanten Änderungen bei der Autobahn-Verwaltung sind Teil der Neugestaltung des Finanzausgleichs zwischen Bund und Ländern. Das umfangreiche Gesetzespaket, das auch mehrere Grundgesetzänderungen beinhaltet, wurde Mitte Februar in den Bundestag eingebracht; eine Entscheidung ist für Ende Mai geplant. Die Verantwortung für die Autobahnen und einzelne Fernstraßen soll dabei in eine neue Infrastrukturgesellschaft übertragen werden.

Eine direkte Privatisierung dieser Gesellschaft schließt das Gesetz zwar aus, doch „mittelbare Privatisierungen“ seien möglich, warnte DGB-

„Öffentlich-Private Partnerschaften sind Betrug am Steuerzahler und an unseren Kindern“

FRANK HOLLWEG, VER.DI

Vorstandsmitglied Stefan Körzell am Mittwoch. Dazu gehören etwa Öffentlich-Private Partnerschaften (ÖPP), bei denen private Konsortien ein Autobahn-Teilstück finanzieren und bauen und im Gegenzug über Jahrzehnte die dort anfallende Maut oder öffentliche Gelder erhalten – was laut Bundesrechnungshof in den meisten Fällen erheblich teurer ist als Bau und Betrieb durch den Staat. „ÖPP ist Betrug am Steuerzahler und an unseren Kindern“, sagte Frank Hollweg von der Verdi-Bundesfachgruppe Straßenbau. Auch der DGB-Vorstand positioniert sich gegen jede Form von ÖPP-Projekten. Sowohl für einzelne Strecken als auch für ganze Netze müssten sie gesetzlich „ausgeschlossen werden“, heißt es im Beschluss.

Die neue Infrastrukturgesellschaft würden die Gewerkschaften am liebsten ganz verhindern. Weil das kaum realistisch erscheint, drängen sie nun darauf, dass diese nicht wie derzeit geplant als GmbH gegründet wird, sondern als Anstalt öffentlichen Rechts. Damit lasse sich am besten sicherstellen, dass „der Bundestag weitreichenden Einfluss auf die Gesell-

schaft hat“, sagte DGB-Vorstand Körzell. Diese Forderungen werden auch von weiten Teilen der SPD geteilt. Nicht nur die parlamentarische Linke hatte sich klar für ein ÖPP-Verbot und eine Anstalt öffentlichen Rechts ausgesprochen; auch Johannes Kahrs vom konservativen Seeheimer Kreis hatte bei der ersten Lesung im Bundestag erklärt, er halte „eine Anstalt des öffentlichen Rechts für die richtige Rechtsform“, und gewarnt, es dürfe nicht „über die Hintertür eine Privatisierung der Bundesautobahnen stattfinden“.

Trotzdem hat die Bundesregierung, an der die SPD ja ebenfalls beteiligt ist, sämtliche Änderungsvorschläge des Bundesrats zum geplanten Gesetzespaket zurückgewiesen; dazu gehörte auch, ÖPP-Projekte nur unter bestimmten Bedingungen zu erlauben. Wie sich die SPD verhält, wenn die Union auch im Bundestag Änderungen am Gesetz ablehnt, ist offen. Denn weil viele Länder am anderen Teil des Pakets – der Neuregelung des Finanzausgleichs – sehr interessiert sind, dürfte es auch keine Option sein, das Projekt komplett scheitern zu lassen.

VON WEGEN: DIE HERRSCHAFT DER NARREN IST VORBEI

Low-Carb-Diät für alle!

Karneval ist bei uns zu Hause nicht so das Riesending. Ich bewundere ja, wie ernsthaft die Jecken ihren Spaß haben. Aber meine Familie ist wohl zu preußisch dafür. In diesem Jahr haben wir sogar einer Flüchtlingsfamilie aus dem rheinischen Krisengebiet Unterschlupf gewährt. Wie wenig wir uns in den Karneval einfühlen, zeigt dies: Schon am Faschingsdienstag, als im Fernsehen noch auf allen Kanälen die Tollitäten regierten, ging die Debatte über die Fastenzeit los.

„Letztes Jahr habe ich nichts Süßes gegessen“, sagt meine 15-jährige Tochter. „Das mache ich nie wieder.“ Ich überlegte kurz, ob es wohl gelten würde, wenn wir uns beim nächsten Flug nicht anschnallten („Fasten Seat Belt“), aber ließ es dann lieber. Die Wahl fiel aufs tote Tier – „sechs Wochen kein Fleisch, keine Wurst“, verkündete die Tochter. Zustimmung selbst beim großen Bruder. Nur unser Jüngster hatte Panik im Blick. 40 Schulbrote ohne Kochschinken? Da muss wohl ab und zu geschummelt werden.

Der größte Schwindel am Fasching ist aber, dass er nur vom 11. 11. bis Aschermittwoch dauert. Schön wär's. Wenn man es genau nimmt, regieren die Narren eigentlich immer und überall. Donald Trump geht jetzt viermal hintereinander als Präsident. VW, Erdoğan, die AfD oder den Emissionshandel närrisch zu nennen ist stark untertrieben.

Ähnlich mit dem Fasten. Das Problem: Es ist Privatsache. Deshalb schafft es auch keiner. Das christliche Abend- und das muslimische Morgenland haben das früher radikal durchgesetzt. Und in den Gegenden, wo das noch so ist, will man nicht sein. Aber wer heute fastet, ist allein mit sich und seinem inneren Hundschein. Früher wurde auch gefastet, weil nach dem langen Winter schlicht nichts mehr da war oder vor Weihnachten gespart wurde. Und das ist ja heute auch nicht anders. Nach 150 Jahren Saus und Braus ist von gutem Ackerland, gesunden Ozeanen und stabiler Atmosphäre auch nicht mehr viel übrig.

Grund genug also, dem Narrhalla des „Sofort und alles“ zur Dekarbonisierung eine Low-Carb-Diät entgegenzusetzen. Was könnte pappnasser sein als die eigene Atemluft mit Stick-

WIR RETTEN DIE WELT

VON BERNHARD PÖTTER



oxiden und das eigene Trinkwasser durch Schweinepisse zu vergiften? Täten wir das nur zwischen November und Februar, wäre es dumm genug. Aber wir machen es an 365 tollen Tagen.

Fasten würde helfen. Aber entgegen all den Fake News von „Verlieren Sie 20 Kilo im Schlaf“: Askese tut weh. Wir brauchen dazu das verbotene V-Wort: VERZICHT. Uuuuh, ein Tabu! Wer „Verzicht“ sagt, kann gleich einpacken. Als würde man gegenüber einem Amerikaner das Unwort „Steuern“ erwähnen. Verzicht ist eng verwandt mit anderen verfeimten V-Wörtern: Verbot, Vernunft, Verantwortung, Veggie-Day. Vielleicht sollten wir es gerade deshalb

Fasten tut weh. Denn es braucht das verfeimte V-Wort: VERZICHT! Ein Tabu!

mal probieren. Vielen verkünden, vorauf wir voller Freude vochenlang verzichten: Tiere zu quälen, Strom zu verschwenden, uns im Stau über die anderen zu ärgern, der ganze Quatsch mit „Wachstum über alles“! Entschlacken, runterkommen, chillen, das wäre doch mal eine schöne Alternative für die nächsten Wochen. Und zwar nicht so, dass es jeder unter Gewissenskrämpfen selbst organisiert, sondern lautstark propagiert und durchgesetzt von Behörden, Schulen, Firmen, Parlamenten: sechs Wochen ohne Kohlestrom, ohne Flugreisen, ohne Aktien-Leerverkäufe. 40 Tage, eine Quarantäne, ohne T-Shirts von Primark, ohne Autofahrten unter fünf Kilometern.

Ich bin überzeugt: Die Menschen wollen den Verzicht. Man muss ihn nur gut erklären und klug verkaufen. Unser Jüngster zum Beispiel hat dann doch beschlossen mitzumachen: „Ich faste auf Schule.“ Okay, man sollte es nicht gleich übertreiben mit der Askese.

Aboprämie



Reisen mit Panter – für mehrtägige Ausflüge, Sport oder Sauna bestens geeignet: die taz Sport- und Reisetasche mit separater Netzinnettasche, Nebenfächern und Schultertrageriemen. Knallrot und Schwarz mit aufgesticktem taz-Panter.

taz abonnieren

Die taz ist einzigartig in der deutschen Presselandschaft, konzernunabhängig und getragen von der taz Genossenschaft. Der taz Solidarpakt ermöglicht es vielen, die taz zu abonnieren.

Wer wenig hat, zahlt unseren ermäßigten Preis von 29,90 €/Monat, wer es sich leisten kann, zahlt mehr und bekommt eine Prämie: Standardpreis 47,90 €/Monat oder Politischer Preis 59,90 €/Monat.

T (030) 25 90 25 90 | abomail@taz.de
Weitere Prämien auf taz.de/praemien

Eine Prämie erhalten Sie bei Bestellung eines unbefristeten Abos zum Standard- oder Politischen Preis mit einer Mindestlaufzeit von einem Jahr, zzgl. Porto bei Versand ins Ausland.

taz Verlags- und Vertriebs-GmbH, Rudi-Dutschke-Str. 23, 10969 Berlin